

Pascal Geiser
Der Prinz des
Schweizer Blues
KULTUR 17



Offen 365
Tage von 7.00
bis 22.00 Uhr
**BAHNHOF
APOTHEKE**

Bahnhofplatz 3D, 5000 Aarau
Telefon 062 824 44 44



Eklat an Generalversammlung
SVP-Politiker darf nicht Präsident
des Staatspersonalverbands werden
AARGAU 21

Geldspielgesetz: Stimmung im Aargau wegen Jungen gekippt

Abstimmung Überraschende Absetzbewegung ins Nein-Lager bei FDP, BDP und SP

VON MATHIAS KÜNG

In den eidgenössischen Räten standen ausser SVP, Grünen und GLP alle dort vertretenen Parteien hinter dem neuen Geldspielgesetz, über das das Volk am 10. Juni abstimmt. Wer sieht, was seither geschehen ist, reibt sich die Augen. Schon auf nationaler Ebene schwenkten die FDP- und BDP-Delegierten ins Nein-Lager. Die SVP konnte sich nur auf eine wenig schmeichelhaf-

te Stimmenthaltung einigen. Bei der Stange blieben SP, CVP und EVP.

Jetzt akzentuiert sich die Absetzbewegung im Aargau spektakulär. So zogen die Jungfreisinnigen die FDP-Basis ins Nein-Lager, die Junge BDP schaffte dasselbe bei der BDP, auch bei der SP Aargau kippte es knapp ins Nein. Ein deutliches Nein resultierte zudem am Mittwochabend bei der SVP. Nein sagt auch die EDU Aargau. Damit stehen im Aargau als «letzte Mohikaner» einzig

noch CVP und EVP hinter der Vorlage. Auffallend ist, dass fast überall Vertreter von Jungparteien mit engagierten bis hin zu begeisternden Voten bestehende Positionen ins Wanken und meist auch zum Kippen brachten. Ihre Hauptargumente: Die Vorlage sei bevormundend, bevorzuge ungerechterweise einheimische Anbieter, bringe Zensur und nütze überhaupt nichts, denn Netzsperrern könnten problemlos umgangen werden.

Zum Urnengang kommt es, weil Jungfreisinnige und Junge SVP ein Referendum zustande gebracht haben. Nach einer Umfrage verfügt das Ja-Lager im Volk national derzeit über eine relative Mehrheit. Doch das Rennen ist noch völlig offen. Gerade im Aargau wird sich zeigen, ob sich in den nächsten Wochen die gekippte Stimmung bei der Mehrheit der Parteien auch auf die Stimmbevölkerung niederschlägt.

KOMMENTAR RECHTS, SEITE 20/21

KOMMENTAR

Die Jungparteien machen es vor

Jungparteien stehen in der Schweiz zumeist im Schatten ihrer Mutterparteien. Manchmal entsteht kurz Aufregung, zum Beispiel wenn Jusos Weihnachten abschaffen wollen. Aber solche Forderungen sind nicht mehrheitsfähig. So geht man rasch zur Tagesordnung über.

Ganz anders verhält es sich im Abstimmungskampf über das Geldspielgesetz.



von Mathias Küng

Die Abstimmung findet überhaupt nur statt, weil die Jungfreisinnigen und die Junge SVP das Referendum zustande gebracht haben. Eine grosse Leistung. Doch damit nicht genug. Jetzt fegen die Vertreter vieler Jungparteien die vermeintlich klaren Positionen ihrer Mutterparteien reihenweise vom Tisch. Im Aargau sind sie damit besonders erfolgreich. Einzig die Delegierten der CVP widerstanden hier dem Ansturm ihrer Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker. Daneben sagt hier nur noch die EVP Ja zum Geldspielgesetz.

An den Parteitagen konnte man beobachten, wie viele Parteimitglieder vom engagierten und kompetenten, zuweilen gar begeisternden Auftreten der Jungen mindestens so beeindruckt waren wie von deren Argumenten selbst. Die Jungen wissen zudem, dass gute Argumente allein nicht reichen. So marschierten sie zahlreich auf. Und die Parteien kippten eine nach der anderen. Dies auch, weil sie den Jungen im Streit um Geldspiele im Internet und um Netzsperrern mehr Sachkompetenz zutrauen. Denn diese sind mit dem Internet aufgewachsen. Losgelöst davon, wie das Volk entscheidet, zeigt das Geschehene: Die Parteien müssen sich um ihren Nachwuchs keine Sorgen machen.

@ mathias.kueng@azmedien.ch

Abwehrgesetz geplant

EU wehrt sich gegen Trump

Zur Rettung des Atomabkommens mit dem Iran wird die EU ein Gesetz zur Abwehr von US-Sanktionen reaktivieren. «Wir müssen jetzt handeln», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Donnerstag nach dem EU-Westbalkan-Gipfel in Sofia. Es gehe darum, vor allem kleine und mittlere Unternehmen zu schützen. Über das sogenannte «Blocking Statute» könnte es Unternehmen in der EU unter Strafe verboten werden, sich an die US-Sanktionen gegen den Iran zu halten, die nach dem einseitigen Rückzug der USA aus dem Atomabkommen wieder eingeführt werden. SEITE 7, 18

Elektrofahrzeuge

Dreckige Rohstoffe für saubere Autos

Elektrofahrzeuge sollen die Umwelt retten. Doch auch sie benötigen Rohstoffe aus der Erde: Die Nachfrage nach Lithium und Kobalt nimmt zu, die Preise steigen. Der Abbau von Lithium lässt in Chile und Argentinien Landschaften austrocknen und zerstört Lebensräume; die Eigentumsrechte indigener Völker sind ungeklärt. Und Kobalt, das hauptsächlich in Kongo vorkommt, wird von Mineuren unter lebensgefährlichen Bedingungen aus der Erde geholt. SEITE 2/3

Paul-Scherrer-Institut

Forscher täuschten Fachzeitschrift

Das Paul-Scherrer-Institut (PSI) in Villigen hat die Vorwürfe eines Postdoktoranden durch eine Expertenkommission untersuchen lassen. Nun liegen die Ergebnisse vor: Demnach verletzten Forscher mit einem Artikel «die Regeln der guten wissenschaftlichen Praxis». Zudem hätten sie die Verantwortlichen einer Fachzeitschrift in die Irre geführt. Die PSI-Führung will mit acht Massnahmen verhindern, dass sich ein solcher Vorfall wiederholen kann. SEITE 21

Lebensmittel

Firmen machen gemeinsame Sache

Die Nahrungsmittelindustrie geht neue Wege. Verschiedene Hersteller produzieren mit Konkurrenten gemeinsame Produkte, wie mehrere Beispiele zeigen. So haben etwa Kambly und Cailler bei Petit-Beurre-Guetsli zusammengespant. Cailler liefert die Schokoladenmasse in eine Kambly-Fabrik, wo das Biscuit produziert wird. Auf dem Produkt prangen nun die Logos beider Unternehmen. SEITE 9



Entfesselte Schweizer im WM-Halbfinal

Das Eishockey-Nationalteam schafft an der WM in Dänemark einen Exploit und qualifiziert sich mit einem 3:2-Sieg gegen das favorisierte Finnland

erstmals seit 2013 für die WM-Halbfinals. Gegner ist am Samstag Kanada. Eine Vorentscheidung fiel im Mitteldrittel, als die Mannschaft aus einem 0:1-Rückstand eine 3:1-Führung machte. SEITE 11 FOTO: KEY

Freisinnige üben Kritik am AHV-Steuer-Deal

Steuervorlage 17 Der Kompromiss gehe auf Kosten der Jugend, monieren FDP-Ständeräte.

VON ROGER BRAUN

SP und CVP jubelten, die SVP übte Kritik, und die FDP schwieg. Ausgerechnet die Wirtschaftspartei äusserte sich nicht zum Rettungskonzept für die Unternehmenssteuerreform. Die vorbera-

tende Kommission des Ständerates schlägt vor, dass 2,1 Milliarden in die AHV fliessen sollen. Um den gleichen Betrag werden Firmen mit der Steuervorlage 17 entlastet. Das Schweigen hat einen Grund. Zwar stimmten in der Kommission auch die FDP-Ständeräte zu. Doch innerhalb der Partei gibt es auch Kritik am Deal. Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) sagt: «Der Entscheid der Kommission macht mir Mühe. Wenn sich alle Politiker am Tisch einig sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie sich auf Kosten jener ge-

einigt haben, die nicht am Tisch sassen – nämlich der Jungen», kritisiert er. Caroni hält die Zugeständnisse an die Linke für zu gross. Zudem werde die AHV-Reform damit auf die lange Bank geschoben. Sein Ratskollege Damian Müller (FDP/LU) zeigt sich ebenfalls kritisch: «Mit der Zusatzfinanzierung von zwei Milliarden geben wir alle Zückerchen weg. Wenn es dann zur Altersreform kommt, haben wir der Linken nichts mehr anzubieten.» Die Bundeshausfraktion der FDP wird die Steuervorlage 17 heute diskutieren. SEITE 6